

# **Peers in der Politik**

## **Zwischen Vorbild, Benachteiligung und politischer Teilhabe**

Abschlussarbeit

Von Michael Gerr

Im Rahmen der 16. Peer Counseling Weiterbildung von bifos e.V.

Würzburg, August 2019

## Gliederung

1. Einleitung – Peers in der Politik
2. Peeraspekt als Vorbild in Beratung und als öffentliche Person
  - 2.1 Beratungs-Peers
  - 2.2 Peers als öffentliche Person
3. Auf dem Weg zum Vorbild – Umgang mit Diskriminierungen insbesondere bei politischer Teilhabe
4. Ziel Politische Teilhabe unter inklusiven Rahmenbedingungen
  - 4.1 Inhalte politischer Teilhabe
  - 4.2 Politische Teilhabe erlangen

Anhang 1: Artikel 29 der Schattenübersetzung der UN Behindertenrechtskonvention

Anhang 2: Recht auf Politische Teilhabe verwirklichen - Wege öffnen für Alle (Beschluss der Bundesversammlung von B90/DIE GRÜNEN in Hamburg am 22. November 2014)

## 1 Einleitung – Peers in der Politik

Beratende Tätigkeit und politisches Engagement von Menschen mit Behinderungen haben die Gemeinsamkeit, dass beide in einer herausgehobenen Stellung wahrgenommen werden und agieren. Beide sind im Fokus von behinderten und nichtbehinderten Menschen, beide werden in ihren Kompetenzen als Expertinnen und Experten in eigener Sache und damit auch in fremder angesehen; in fremder Sache insofern bei der Beratung, da es neben dem Peer-Aspekt immer auch eine Distanz und Differenz zwischen Berater\*in und Ratsuchenden gibt, in der der Politik insofern Träger\*innen von politischen Ämtern oder Mandaten andere politisch vertreten, innerparteilich wie in Gemeinderäten bis hin zum Bundestag.

Peer Beratung im Rahmen des 2018 gestarteten Projekts der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) ist schon insofern mit einem politischen Auftrag versehen als es Anspruch des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) war, die UN Behindertenrechtskonvention umzusetzen und damit Menschenrechte zur Richtschnur von Sozialgesetzen zu machen. Auch wenn Beratung, die Empowerment der Ratsuchenden zentral im Blick hat, zunächst keinen politischen Anspruch formuliert, so findet sie doch nicht im politikfreien Raum statt. Spätestens, wenn es um Begleitung und Unterstützung im Rahmen von Antragstellungen geht, kommt Politik ins Spiel, die nämlich auf Bundes- Landes- und kommunaler Ebene gesetzliche Rahmenbedingungen setzt, die aber jeweils unterschiedlich umgesetzt werden und nicht selten im Einzelfall Grenzen ausgelotet werden müssen.

Ich begnüge mich hier weitgehend damit aus eigenen Erfahrungen und ergänzend aus denen anderer den Peer Aspekt insbesondere aus dem Leben von Politiker\*innen mit Behinderung zu beleuchten: Vorbildrolle, die wiederkehrenden Erfahrungen von Benachteiligungen und die Ermöglichung politischer Teilhabe für sich selber und andere scheinen mir zentrale Felder von Peers zu sein (übrigens nicht nur in Bezug auf das Merkmal Behinderung, auf das ich mich hier weitgehend beschränke), in denen sie sich bewegen. Das Peer-Merkmal wird so bewusst oder unbewusst immer wieder als Spiegel vorgehalten, selbst wenn dieses ohne gezielte Stigmatisierung erfolgt oder bereits ein hohes Maß an Anerkennung einer Person besteht, so meine These. Daneben gibt es aber handfeste Ausgrenzungen, zumindest große Mängel an der politischen Teilhabe, also der (Un-)Möglichkeit gleichberechtigt mit anderen politisch tätig zu sein. Persönliches Unverständnis, die sich in Stigmatisierung oder subtilen Zuschreibungen äußern, gibt es sicherlich auf allen Ebenen; strukturelle Benachteiligungen sind in der örtlichen Ebene meistens die Regel.

Es liegt auf der Hand, dass meine persönlichen Erfahrungen in Beratung und Politik in meine Anschauungen sowieso einfließen: durch gelegentliche ehrenamtliche Beratungen seit Mitte der 90er Jahre und Professionalisierung seit 2018, durch politisches Engagement in der Behindertenbewegung und seit 2003 bei der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Damit dieser Text nicht rein subjektiv, sondern auch andere Eindrücke wiedergibt, habe ich Aussagen anderer Peers teilweise mit einbezogen. Dennoch ist klar, dass es sich hier zentral um meine persönlichen Erfahrungen und Reflexionen handelt, aus denen ich Ableitungen vornehme, die auch für andere gelten können, aber nicht müssen.

## 2 Peeraspekt als Vorbild in Beratung und als öffentliche Person

Eine Öffentlichkeit einer Person besteht bereits, wenn sie Teil eines öffentlichen Angebots ist. Wenn also eine Peer-Counselor\*in auf einer Beratungshomepage genannt wird, ist sie öffentlich sichtbar, wie dies ähnlich auf eine politisch aktive Person zutrifft, spätestens wenn sie eine Parteifunktion wahrnimmt. In beiden Situationen wird erwartet, dass man sich der öffentlichen Rolle bewusst ist und diese möglich loyal und zumindest in den wichtigsten Inhalten gemäß der jeweiligen Programmatik auszufüllen bereit ist. Bei einer Partei wäre das zum Beispiel eine Grundausrichtung am Grundsatzprogramm als nicht die Partei schädigendes Verhalten, beim Peer Counseling eine Anlehnung an die „Leitlinien für die Arbeit von Peer CounselorInnen“<sup>1</sup> des Verbands ISL (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.).

### 2.1 Beratungs-Peers

Peer sind für andere Peers Vorbilder. Das zeigt sich schnell, wenn Peers aufeinander treffen, egal ob diese Kontakte organisiert sind oder nicht. Als ich im Juni 2019 drei Wochen auf Reha in einer Querschnitts-Rehaeinrichtung verbrachte, trat ich dort nicht offensiv als Berater auf. Die meisten dort wussten es nicht. Es gab dort Abends oben auf einer Terrasse Begegnungen, gemeinsame Abende, an denen zum Teil Fernsehen geschaut wurde, Bier getrunken (selber organisiert) und diverse Unterhaltungen geführt. Am Abend bevor meine drei Wochen vorüber waren, gab es von einem Kollegen im Rollstuhl, der am gleichen Tag wie ich abreiste, die klare Aussage, dass er am meisten bei der Reha von den Abendgesprächen profitiert hätte. Einige andere stimmten dem zu, vor allem frischer Verletzte, die noch in einer frühen Phase nach Eintritt der Behinderung waren. Ergänzend wurde gesagt, dass gerade die Anwesenheit älterer, erfahrener Peers hilfreich waren.

Peer Counseling als ein professionalisierter Beratungsansatz, aber auch in ehrenamtlichen oder zwischenmenschlichen Begegnungen von Peers lebt vom Vorbildcharakter, den viele zeigen, durch die Art und Weise wie sie mit den Beeinträchtigungen und Benachteiligungen umgehen: gefragt sind positive und lösungsorientierte Vorbilder. „Wie machst du das denn, dass du mit der Bahn abreist“, fragt jemand, der sich für eine längere Fahrt nach Hause vom Taxi abholen lässt. Jemand anderes steht vor der Entscheidung, ob er sein Studium fortsetzen soll, um den Master zu machen, und erhält von verschiedenen Peers Zuspruch aufgrund deren eigener Erfahrungen. Andere wiederum sind vielleicht noch nicht soweit für konkrete Entscheidungen, werden aber vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt von Rollenvorbildern profitieren nach dem Motto „Wenn der das geschafft hat, kriege ich das auch hin“.

*In der Beratung kann die Offenheit der Berater\*innen, die eigenen Erfahrungen in das Beratungsgespräch mit einfließen zu lassen, kaum überschätzt werden. Dies führt mit zum Gespräch auf Augenhöhe.*

### 2.2 Peers als öffentliche Person

Jede öffentliche Person hat in ihrer jeweiligen Rolle eine Funktion der Multiplikation: sie steht für viele andere nichtöffentliche Personen. Das ist auch gerade im Falle von Personen

mit Behinderung, speziell mit sichtbarer Behinderung der Fall. Die Art und Weise, wie sie sich präsentieren wird wahrgenommen von behindertem und nichtbehindertem Publikum unabhängig davon, ob behindertenpolitische Themen im Fokus stehen oder nicht.

Wenn ein behinderter Mensch in der Öffentlichkeit Thema wird, zum Beispiel durch die Wahl in ein öffentliches Amt oder Mandat, steht stets zuerst die Behinderung im öffentlichen Fokus. Das war bei Wolfgang Schäuble so, obwohl er als Nichtbehinderter bereits eine sehr erfolgreiche Politikerkarriere hatte, und war auch bei Greta Thunberg nicht anders, als sie in Deutschland bekannt wurde. Bei beiden kann man aber auch sehen, wie ein erfolgreiches Wirken die Behinderung in den Hintergrund treten lässt. Gerade in seiner Zeit als Finanzminister, der international harte Positionen vertreten konnte, wurde Schäuble von niemandem unterschätzt nur weil er im Rollstuhl sitzt. Bei Greta Thunberg ist ihr Autismus inzwischen kaum mehr Thema, da ihr konsequentes Verhalten und der internationale Erfolg der Fridays for Future Bewegung diesen Befund längst überstrahlt haben.

Es spricht einiges dafür, dass es als Peer mit Behinderung in der Politik leichter ist zum Vorbild zu werden, wenn die eigenen politischen Schwerpunkte am besten weit weg von Behindertenpolitik sind. Sonst besteht die Gefahr eben doch wieder nur auf dieses Feld reduziert zu werden. Andererseits ist es erstrebenswert, dass Entscheidungen über Menschen mit Behinderungen in politischen Gremien von Gemeinderäten bis hin zum Bundestag von Selbstvertreter\*innen mitbestimmt werden gemäß des Mottos „Nichts über uns ohne uns“.

*Es braucht beides: Das Aufbrechen der Unterrepräsentanz von Menschen mit Behinderungen in der Politik kann erreicht werden, wenn es mehr Vorbilder gibt, Peers, die zeigen, dass es Engagierte gibt, welche die eigene Sache einer Gruppe glaubwürdig vertreten und auch diejenigen, die sich durch das Merkmal Behinderung nicht abhalten lassen sich politisch einzusetzen, zu welchem Thema auch immer.*

### 3 Auf dem Weg zum Vorbild – Umgang mit Diskriminierungen insbesondere bei politischer Teilhabe

*Wer mit den wiederkehrenden Benachteiligungen und Diskriminierungen zu tun hat, kennt den Gewöhnungs-Effekt: ich nehme es als gegeben hin, da ich einfach Kraft, Mühe und den wiederkehrend verlangten Fokus drauf meide mich immer wieder mit dem Gleichen beschäftigen zu sollen als gäbe es nichts wichtigeres für mich zu tun. Das Problem an diesem Gewöhnungs-Effekt ist, dass die Benachteiligungen so zur Normalität werden und ich in einem insgeheimen, also nicht offen ausgesprochenem Opferstatus verharre. Auch wenn es mühsam erscheint: nur durch Aktion komme ich aus diesem Teufelskreis heraus – Einfordern dessen, was ich brauche, um gleichberechtigt dabei sein zu können.*

Als ich Anfang 2003 den Grünen beitrug, stellte sich schnell heraus, dass das örtliche Büro des Kreisverbands so gar nicht barrierefrei war und es auch keine Möglichkeit gab Barrierefreiheit dort herzustellen. Doch ich wurde freundlich aufgenommen, Mitgliederversammlungen wurden ab sofort in einem barrierefreien Nebenraum eines Restaurants abgehalten. Mein Wunsch nach einem Umzug des ganzen Berufs wurde mit

Hinweis auf die Landtagswahlen im Herbst beantwortet und dass die erfolgreiche Wahl des Würzburger Kandidaten sowieso ein neues Büro erfordern würde, wo man dann auf Barrierefreiheit achte. Dessen Wahl war zwar nicht erfolgreich, aber im Frühjahr darauf wurde ein neues Büro angemietet, das ebenerdig zugänglich war und auch eine einigermaßen große Toilette hatte, die ich mit dem Rollstuhl benutzen konnte. Schnell war klar, dass der Umzug für den ganzen Kreisverband von Vorteil war, denn im Neuen gab es nun einen Büroraum und zusätzlich einen Versammlungsraum, den es vorher nicht gegeben hatte. Barrierefreiheit war also ein Gewinn für alle: für die Kreisgeschäftsführung, die nun ihren eigenen ordentlich führbaren Büroraum, für den Vorstand, der sich in den etwas größeren Nebenraum zurückziehen konnte, für die Mitglieder, denn hier konnten gut Mitgliederversammlungen oder andere Treffen stattfinden und schließlich konnten ab sofort Menschen für die Stufen ein unüberwindliches Hindernis darstellen bei den Würzburger Grünen aktiv mitmachen.

Ohne es vorher geplant zu haben, war dies mein erster politischer Akt für politische Teilhabe, der gleich zum Erfolg führte und mir echte Teilhabe in einer Partei vor Ort ermöglichte. Heute weiß ich, dass dieser erste Akt auch eine Reihe Jahre später meistens notwendig ist, damit viele Menschen mit Behinderung überhaupt in einer politische Partei beginnen zu können politisch aktiv zu werden.

*Am Anfang steht Diskriminierung. Wer nicht imstande ist sie zu überwinden, das Glück hat auf Menschen zu treffen, die bereit sind Lösungen zu finden und Veränderungen mitzumachen, bleibt außen vor.*

Ursprünglich wollte ich einfach nur Mitglied bei den Grünen werden um sie zu unterstützen und mich zu ihren Inhalten zu bekennen. Doch nun bekam ich Lust aktiv mitzumachen. Ich besuchte diverse Treffen bei Landesarbeitsgemeinschaften und Bundesarbeitsgemeinschaften, wurde in Würzburg als Pressesprecher in den Kreisvorstand gewählt und kandidierte 2008 erstmals für den Stadtrat. Ich ergatterte einen guten Listenplatz und wurde gewählt. In ein Rathaus mit vielen verwinkelten Ebenen und Zwischenstöcken, die nur zum Teil mit einem Aufzug erschlossen waren. Zum Ratssaal kam man nur über einen Umweg und in einem kleinen langsamen Lastenaufzug. Es sollte drei Jahre dauern bis ein neuer Aufzug eingebaut war. Dieser führte zu vielen Verbesserungen: Reinigungspersonal muss nicht mehr schwere Gerätschaften über Zwischenstöcke schleppen, auch mit Kinderwagen kommt man leicht zu Behördenzimmern, fast alle Räume des Rathauses sind nun barrierefrei zugänglich, bei Behindertenforen entstehen keine langen Schlangen vor dem Lastenaufzug. Das war also mein erster politischer Beitrag in der Kommune, der wirklich für viele etwas veränderte und das Leben etwas erleichtert.

Auf Bundesebene der grünen Partei war Barrierefreiheit längst vor meiner Zeit Thema gewesen. Es gab eine entsprechende Passage in der Bundessatzung, welche die Barrierefreiheit bei Parteitag regelte. Als ich zum ersten mal 2005 auf einer Bundesdelegiertenkonferenz war, sah ich zwar das barrierefreie Redepult, doch ich traute mich noch nicht vor 800-900 Menschen zu reden. Anders sah es bald auf Landesebene aus. Da waren die Versammlungen mit rund 200 Menschen etwas kleiner und ich kannte auch bereits mehr der dortigen Delegierten. Doch es gab weder eine barrierefreie Bühne noch ein höhenverstellbares Redepult. Die Landesgeschäftsstelle nahm das Thema jedoch auf und nach einigen Anlaufschwierigkeiten gab es passable Lösungen. Ich nutzte seitdem immer

wieder die Redemöglichkeit und stellte mich auf Landesebene erfolgreich zu Wahlen auf dieser Ebene, so in den Parteirat und erstmals auf einer Landesliste für die Bundestagswahl 2013. Nach den Wahlen wurde ich Sprecher der BAG Behindertenpolitik. Im Jahr darauf initiierte ich die Gründung einer neuen Landesarbeitsgemeinschaft Inklusion und Behindertenpolitik.

Ich war also einige Jahre bei den Grünen auf fast allen Ebenen aktiv. In den Stadtrat war ich 2014 wiedergewählt worden. Den Bezirkstag, in den ich ebenfalls 2008 erstmals gewählt worden war, hatte ich 2013 knapp verpasst, dafür aber meine Parteiarbeit auf Bundes- und Landesebene verstärken können. Das machte mir alles Spaß und es schien mir auch gut parallel leistbar. Es war aber immer noch alles ehrenamtliche Arbeit, in der ich mein eigener Chef war und so ganz selber über meinen Arbeitstag bestimmte. Das änderte sich durch zwei Ereignisse zwischen 2015 und 2018. Erstens durch eine private Veränderung, die zur Heirat 2016 führte bis zur Scheidung Anfang 2019, insgesamt mehr Belastung als Glück oder Entlastung. Und zweitens durch die Beantragung des Projekts der EUTB für den Verein Selbstbestimmt Leben Würzburg, der 2018 zum Zuschlag führte und mir einen hauptamtlichen Job mit rund 30 Wochenstunden verschaffte. 2018/2019 waren so sehr herausfordernde Jahre, die ich insgesamt dennoch gut bewältigte, wenn auch mit gewissen Defiziten nicht immer alles gleich gut schaffen zu können.

Lange war ich bei den Grünen vor Ort sehr präsent, bei Mitgliederversammlungen, Veranstaltungen oder Infoständen im Wahlkampf. Seit etwa 2016 fand ich nicht mehr die gleiche Zeit dafür. Als ich im Juli 2019 erneut für die Stadtratliste antrat, wurde ich nur auf Platz 30 (von 50) gewählt, das als einer von neun amtierenden Stadträt\*innen. Dafür gab es sicher eine ganze Reihe an Gründen, aber einer fuchste mich besonders. Der Versammlungsort war zwar zugänglich, nicht aber die Bühne für mich und das Redepult, das alle anderen verwendeten, war für mich nicht geeignet. Ich musste also frei reden ohne gut gesehen zu werden. Mein eigener Kreisverband hatte mir die gleichberechtigte Möglichkeit mich vorzustellen vorenthalten. Das war für mich die eigentliche Niederlage. Eine Woche später schrieb ich eine E-Mail an den Kreisverband und ich war mir nach den ersten Reaktionen ziemlich sicher, dass ein eigenes geeignetes Redepult angeschafft wird und die Satzung, die bereits eine Regelung zur Barrierefreiheit enthält, präzisiert wird. Dennoch zeigt dieses letzte Beispiel, dass bereits Erreichtes sich ganz schnell wieder in nichts auflösen kann, wenn da nicht Menschen sind, die das Erreichte achtsam umsetzen.

*Hohe Leistungsfähigkeit wird in der Regel als die Grundlage von Erfolg und Vorbild sein zu können angesehen und das insbesondere in Management Jobs und in politischen Jobs. Politische Teilhabe für alle Menschen ist erst dann voll wirksam, wenn die Möglichkeit besteht die eigenen Qualitäten auf Grundlage der jeweilig individuellen Leistungsfähigkeit einzubringen.*

Muss man mindestens 70 Stunde pro Woche arbeiten können, um bestimmte Jobs auszufüllen? Es gibt Jobs, da liegt die Vermutung nahe, dass es so ist: Bundeskanzlerin oder Spitzenmanagement. Auf der anderen Seite ist Quantität nicht mit Qualität zu verwechseln. Heute gibt es zunehmend Frauen, auch solche mit kleinen Kindern, die dennoch ihre(n) Job(s) gut machen. Es ist wichtig sich beim Leben mit einer Behinderung sich selber gegenüber einzugestehen, dass die Behinderung Arbeit mit sich selbst verursacht und im Grunde beim Job mit angerechnet werden muss.

Bei (politischen) Jobs zählt, was am Ende rauskommt. Wieviel Arbeit man tatsächlich dafür aufgewendet hat, ist im Ergebnis unerheblich. Wer gut organisiert ist, kann in kürzerer Zeit mehr erreichen. Wichtiger ist es aber noch gute Ideen zu haben, eine Situation gut analysieren zu können und sich selber gut reflektieren zu können. Und am Ende zählt die gute Selbstdarstellung am meisten.

Auch wenn jemand einiges erreicht hat, es wird immer Menschen geben, die versuchen die Eigenschaften anderer für sich selber oder gegen die Person zu nutzen. Vor einigen Jahren bei einem Bezirkstreffen bekam ich die Aussage einer Frau mit: „Der wird ja nur gewählt, weil er behindert ist“. Nach dem Motto, der kann doch gar nichts. Ich vermute, das traf eher auf sie zu. Aber ich sagte mir danach, wenn man um eine Eigenschaft beneidet wird, dann hat man es geschafft. Die Behinderung verschafft Anerkennung. Warum eigentlich nicht?

## 4 Ziel Politische Teilhabe unter inklusiven Rahmenbedingungen

Wir sind von inklusiven Rahmenbedingungen noch weit entfernt, generell wie auch zur politischen Teilhabe. Die UN Behindertenrechtskonvention hat im Artikel 29 „Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben“ (Siehe Anhang 1) Maßstäbe gesetzt. Hier heißt es, dass die Vertragsstaaten sich verpflichten,

„aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilhaben können.“<sup>2</sup>

Daraus folgt, dass es nicht reicht, wenn der Staat etwa für hinreichende Barrierefreiheit bei Wahllokalen und bei den Wahlmaterialien sorgt. Er muss aktiv ein Umfeld für die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen fördern.

### 4.1 Inhalte politischer Teilhabe

Nur zwei Themen will ich hier kurz ansprechen, erstens politische Teilhabe als Thema bei einer Partei, konkret der Grünen Bundespartei und zweitens die Notwendigkeit der Selbstvertretung behinderter Menschen.

Das Ziel politische Teilhabe völlig inklusiv gestaltet zu erreichen, erscheint für eine eher kleinere Partei sehr hoch, denn konsequent setzt das niedrigschwellige und barrierefreie Rahmenbedingungen voraus, und zwar auf allen Ebenen bis in die kleinsten Gemeinden hinein. Genau das brauchen wir auf lange Sicht. Die Bundesebene und danach die Landesverbände einer Partei haben Vorbildcharakter.

In der Bundessatzung gibt es schon länger eine Regelung zur Barrierefreiheit von Parteitag. Erst 2014 beschloss der Grüne Parteitag einen sehr viel umfassenderen Antrag zur politischen Teilhabe, an dem ich mitwirkte (siehe Anhang 2). Darin heißt es:

„Es muss ein Umfeld gefördert werden, das Menschen mit Behinderungen ermöglicht, ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen politisch teilzuhaben. Dazu sind nichtstaatliche Organisationen und politische Parteien genauso wie Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bestimmungen nach dem Artikel 29 BRK vollständig umgesetzt werden, damit behinderte Menschen wählen und gewählt werden können.“<sup>3</sup>

In der Folge wurde vom Bundesvorstand eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Leitfadens erstellt. Auf Bundesveranstaltungen gab es Verbesserungen bezüglich der Barrierefreiheit insbesondere Gebärdensprachdolmetschungen auf Parteitage; jedoch auch immer wieder Mängel bei der Zugänglichkeit. Auf Gesetzesebene wurde immerhin auf Druck der Grünen das Wahlrecht geändert und die verfassungswidrigen Wahlrechtsausschlüsse wurden somit seit 2019 für Europa- und Bundestagswahlen beendet. Doch sonst hat sich nicht viel getan, was die konkreten Forderungen des genannten Beschlusses betrifft.

Ein zweites Ziel, das zentral erscheint, ist die Selbstvertretung möglichst vieler Menschen mit Behinderungen in Ämtern und Mandaten. Es sieht hier ziemlich Mau aus, wenn man sich die Parlamente in Deutschland betrachtet. Heute gibt es keine Selbstvertretung im Bereich Behinderung im Deutschen Bundestag und ebenso nicht in den Landesparlamenten. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat zwar Verdienst den Rollstuhl eines Politikers sichtbar zur Normalität gemacht zu haben, aber ein Selbstvertreter ist er nicht, denn er hat Behindertenpolitik stets von sich gewiesen. Aber auch die Grünen sind hier kein Vorbild: Es gab nach den 80er Jahren als die Grünen in den Bundestag einzogen kein einziges Bundestagsmandat einer behinderten Person. In Landtagen gab es zeitweise mit insgesamt drei Personen wenige Ausnahmen in Bremen und Hessen, im Jahr 2019 liegen wir auch hier beim Ergebnis Null.

Aus einem aktuellen Kurzvideo von Verena Bentele, derzeitige VdK-Präsidentin in Bayern, will ich hier zitieren:

„Mehr Menschen mit Behinderung müssen in die Politik, weil ich wichtig finde, dass jeder seine Perspektive einbringt, und zwar egal, ob es um Themen von Menschen mit Behinderung geht oder auch um alle anderen Themen.“<sup>4</sup>

Benteles Zitat liefert sicher noch keine umfassende Begründung für die Wichtigkeit von Selbstvertretung. Aber ich finde hier kommen zwei zentrale Punkte zur Sprache, die wir auch beim Beratungsansatz Peer Counseling finden können. Als Peers können eben behinderte Politiker Perspektiven einbringen, die sonst fehlen und das zuerst bei den Themen, die sie selber direkt oder indirekt mitbetreffen in der Behindertenpolitik. Aber zweitens nicht nur dort:

*Bei allen Themen führen die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen mit ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen zu einer Bereicherung und so für die Politik insgesamt zu einem breiteren Spektrum an möglichen Handlungsoptionen und zur Veränderung der Politik.*

## 4.2 Politische Teilhabe erlangen

### **Empowern – motivieren tatsächlich an Politik im eigenen Umfeld teilzunehmen**

Politisches Interesse steht am Beginn der Teilhabe und damit der Möglichkeit aktiv teilzunehmen. Das eigene politische Interesse aktiv zu betreiben ist nichts Selbstverständliches, denn für die große Mehrzahl beschränken sich politische Aktivitäten auf das Ankreuzen auf Wahlzetteln alle paar Jahre. In unserer deutschen Demokratie ist aktive politische Teilhabe von zu vielen nicht gelernt, geschweige denn praktiziert. Menschen mit Behinderungen teilen diese Tatsache mit anderen und müssen wie die meisten anderen erst die eigenen Möglichkeiten erkennen, um sich dafür entscheiden zu können sie tatsächlich wahrzunehmen. Die Frage ist, wo und wann beginnt aktive Politik für den Einzelnen? Meine (noch sehr allgemeine) Antwort: Wenn ein politisches Problem als eines erkannt wird, das mehrere betrifft. Ich bin bereits „Politiker“, zumindest politisch aktiv, wenn ich eine politische Frage stelle und erst recht wenn ich dazu imstande bin eine Lösung vorzuschlagen.

*Wenn ich als bislang politisch eher inaktiver Mensch mich über ein allgemeines Thema ärgere oder über ein ganz konkretes Ärgernis, der fehlende barrierefreie Zugang zum Kino etc., dann rate ich: Misch dich einfach ein. Schmeiß dich rein. Tu es einfach!*

### **Politik verstehen**

Interessant ist es, wie Politik tatsächlich zustande kommt. Da reicht es nicht aus, gut empowert zu sein, voll motiviert, denn die Gefahr ist groß schnell zu scheitern, wenn ich die politischen Abläufe und Grundregeln nicht kenne und verstehe. Bis es zu einer politischen Entscheidung kommt, finden in der Regel viele Gespräche statt, es gilt unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen und die politischen Instrumente, die jeweils zur Verfügung stehen, müssen klug und wirksam eingesetzt werden. Komplizierter wird es noch dadurch, dass es kaum eindeutige Regeln und Instrumente gibt, sondern sie unterscheiden sich stark von Partei zu Partei, in unterschiedlichen Verbänden oder unterschiedlichen Regionen und Orten.

Es ist schwierig sich erfolgreich in Politik beginnend vor Ort einzubringen, wenn man gar nicht über das Wissen verfügt, wie das eigene Handeln wirkt oder eben auch verpufft. Viele sind dann schnell frustriert und treten, wie ich meine vorschnell, den Rückzug an. Wenn etwas misslingt oder wenn ich mit einer Botschaft nicht ankomme, ist das selten gegen mich persönlich gerichtet, sondern hat vielmehr damit zu tun, dass ich die Spielregeln nicht kannte und somit nicht für mich oder meine Sache nutzen konnte. Beispiel: Ein gehörloser Mensch beklagt, dass bei einer Mitgliederversammlung nicht in Gebärdensprache übersetzt wird. Das formale Instrument könnte sein, dass er einen Antrag stellt (am besten einen Satzungsänderungsantrag), dass Versammlungen barrierefrei durchgeführt werden müssen und dafür Dolmetscher\*innen abrufbar sein müssen.

*Damit ich als Einsteiger Politik und ihre Strukturen verstehen lerne, ist es am besten sich „Eingeweihte“, z.B. vor Ort zu suchen, die anleiten können. Am Rande von Parteien bieten die parteinahen Stiftungen diverse Schulungen und Fortbildungen, für die sich in der Regel jedermann anmelden kann.*

## Erfolge mit Kompetenzen erzielen

Viele glauben eine herausragende Sachkompetenz sei unabdingbare Grundlage für Erfolg. Dem mag im wissenschaftlichen Betrieb so sein (versehen mit einem großen Fragezeichen), ganz sicher aber nicht im politischen Betrieb. Aus der Rhetorik weiß man, dass die Sachebene in einer Rede die geringste Aufmerksamkeit erhält, viel wichtiger für die Überzeugungskraft einer Rede ist eine gute Körpersprache und Emotionalisierung der Zuhörerenden. Um Politik erfolgreich zu betreiben, kommt man ganz ohne Sachkompetenzen bzw. deren Aneignung sicher nicht aus, wichtiger jedoch sind gute Sozial- und Kommunikationskompetenzen und je weiter man kommen möchte, desto wichtiger wird die Fähigkeit zur Selbstvermarktung.

### Sachkompetenzen

Das praktische an Sach- oder Fachkompetenzen ist, dass sie in gewissem Grade in fast jedem Bereich erlernbar sind, auch ohne ein außerordentliches Talent. Besonders leicht erlernt sich alles, was in direktem Zusammenhang mit eigenen Erfahrungen steht als *learning by doing*. Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen haben einen Vorteil gegenüber anderen, was ihre Kompetenzen zu den entsprechenden Themen angeht: Wissen um Barrierefreiheit, Benachteiligungen und Diskriminierungen, Strategien im Behördenschlingel, Beschäftigung mit der eigenen Behinderung, mit Defiziten und deren (Selbst-) Akzeptanz. Wissen auch darum, dass Leben mit einer etwa schweren Behinderung nicht immer schön ist, bei manchen Verzweiflung und ein negatives Selbstbild hervorruft. Es ist aber zweifellos so, dass Selbstvertreter\*innen, hier Menschen mit Behinderung, deutlich authentischer zu Sachfragen, die sie mit selber betreffen, auftreten können. Dies umso mehr, wenn deutlich wird, dass nicht nur die eigene Erfahrung dafür herhält, sondern zusätzlich die Kenntnis von gesetzlichen Grundlagen, Normen und Verfahren sowie das Wissen, dass unterschiedliche Menschen unterschiedlich mit sich selbst umgehen.

### Sozial- und Kommunikationskompetenzen

Von Haus aus bin ich ein schüchterner eher zurückhaltender Mensch bis hin zur Introvertiertheit. Dennoch gab es mindestens zwei Felder, in denen ich mir Selbstbewusstsein holte: als Schachspieler in einem Verein und in der Jugendarbeit als Stadtgruppenleiter eines kleinen katholischen Jugendverbands. So konnte in meinem Lehramtsstudium in Seminaren mit pointierten Beiträgen punkten, häufig aus einer kritischen Perspektive. Doch manchmal übertrieb ich es mit der Kritik. Am Ende lernte ich daraus, dass es für eine gelingende Kommunikation oft besser ist, mit Positivem zu beginnen, und so die Chance größer ist, dass berechtigte Kritik nicht sofort reflexartig zurückgewiesen wird. Auch wenn ich mit meinem Einstieg bei den Grünen schon Ende 30 war, behielt ich beide Charaktereigenschaften, nämlich zunächst zurückhaltende Kommunikation und auf den Punkt sprechen können. Wer in ein Wahlamt kommen möchte, muss dafür kommunikativ sein, also eine Grundoffenheit zeigen, Hände schütteln, zuhören und auch selber auf andere zugehen. Je gezielter und bewusster man das tut, umso eher erhält man Zustimmung und Anerkennung – Grundlagen um am Ende politische Ziele zu erreichen.

## Selbstvermarktungskompetenzen

Es gibt ganze Gruppen von Menschen, die sich tendenziell deutlich schlechter „vermarkten“ als andere Menschen mit vergleichbaren oder schlechteren Kompetenzen. Dazu gehören Frauen und Menschen mit Behinderungen. Es ist allgemein bekannt, dass Frauen in Deutschland deutlich weniger Geld verdienen als Männer bei vergleichbarem wenn nicht höherem Bildungsniveau der Frauen. Die Arbeitslosenquote war bei behinderten Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, stabil ungefähr doppelt so hoch als bei allen. Mit Selbstvermarktung meine ich hier aber weniger rein wirtschaftliche Aspekte, sondern mehr die Ökonomie des Selbstwertgefühls und des zugeschriebenen Werts einer Person: Wer selbstbewusst auftritt hat in der Regel mehr Erfolg als jemand, der nur nach Mitleid heischt. Wer sich der eigenen Ressourcen und Kompetenzen bewusst ist, kann sie zielgerichtet einsetzen. Wer so aus sich heraus um den eigenen Marktwert weiß, wird ihn bald auch von anderen zugeschrieben bekommen und so weiter wachsen können.

## Niederlagen als Teil eines Entwicklungsprozesses

Wer gelernt hat mit Defiziten und Niederlagen umzugehen, die im Leben wie im politischen Leben dazugehören, kann sie zum Vorteil ummünzen. Eine langjährige Erfahrung mit der eigenen Behinderung kann damit sogar zu einem zusätzlichen Vorteil führen, denn die allermeisten entwickeln eigene Strategien, wie sie mit ihren Beeinträchtigungen ihr Leben dennoch gut meistern können. Wer dies besonders gut verinnerlicht, setzt sogar noch eins obendrauf: Ein Defizit, ein Umweg, eine Niederlage wird einen Zugewinn verwandelt. Beispiel: Ein direkter Weg zwischen A und B wird mir als Rollstuhlnutzer durch eine Treppe verwehrt. Die negative Auswirkung wird von allen leicht gesehen. Ich werde also zu einem Umweg gezwungen, der mich mehr Zeit und Kraft kostet. Doch dieser Umweg kann manch Positives enthalten: Ich entdecke etwas, was mir auf dem direkten Weg verwehrt geblieben wäre, einen Laden, ein Museum, einen Park. Ich begegne einem Menschen, den ich sonst wahrscheinlich nie kennengelernt hätte. Überhaupt nehme ich mir mehr Zeit meine Umgebung wahrzunehmen, statt nur von A nach B zu hetzen.

Es gibt fast in jeder Lebenslage die Möglichkeit etwas zunächst Negatives in etwas Positives umzuwerten. Wenn mir etwas versperrt wird, ergibt sich etwas Neues. 2013 wurde ich bei den Wahlen für den unterfränkischen Bezirkstag sehr knapp nicht mehr wiedergewählt. Die Folge war, dass ich mehr Zeit hatte und mich mehr in der Partei engagierte. Im gleichen Jahr wurde ich zum Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gewählt. Im Jahr darauf initiierte ich bei den bayerischen Grünen die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Inklusion und Behindertenpolitik und wurde auch hier Sprecher. Das wäre sehr wahrscheinlich nicht passiert, hätte ich nicht jene knappe Niederlage hinnehmen müssen. Schnell empfand ich es so, dass ein Abschied aus einem eher ungeliebten Gremium, mir Schritte nach vorne ermöglichte, die mich viel mehr erfüllten.

## Schluss:

Man könnte meinen erfolgreiche Peer Counselor\*innen und erfolgreiche Politiker\*innen mit Behinderung teilen das folgende: sie werden **Mehr** zum Vorbild, erleiden **Weniger** Benachteiligung und schaffen **Mehr** politische Teilhabe. Vielleicht ist das so, aber es ist auch

eine Frage des jeweils eigen subjektiven Erlebens. Erst kürzlich wurde ich von einer Kollegin in einem Gespräch mit einer anderen Institution als „Premiumbehinderter“ bezeichnet. Wie kann ich das verstehen? Sicher nicht als Anerkennung. Als Beleidigung? Als eine zynische Bezeichnung aus Neid heraus? Ich selber verweise immer wieder darauf, dass es häufig Glück, Pech oder Zufall ist, in welchem System man mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung landet: in Armut und in Armut gehalten, so von Geburt an behinderte Menschen, als Schadensfall einer Versicherung oder Berufsgenossenschaft nach einem Unfall und somit vergleichsweise sehr gut ausgestattet oder in einem armen Land und damit einem frühen Tod geweiht. Ich lebe nicht in der falsch verstandenen Gewissheit, dass alles, was ich erreiche, mir selber zu verdanken wäre. Aber es ist auch nicht nur Glück und Zufall, denn häufiger sind diejenigen erfolgreich, die sich Ziele setzten, erreichbare Ziele zunächst und auch Ziele, die nicht so leicht, sondern nur mit Geduld und Hartnäckigkeit zu erreichen waren, die es schafften andere Menschen anzusprechen und mitzunehmen auf einem Stück Weg, die es auf diesem Weg erreichten, dass andere sie gerne begleiteten und unterstützten. Zumeist ist ein solcher Weg, wie eine Wanderung, bei der man sich bis zum Erreichen des Ziels gegenseitig bereichert und so die Anstrengungen allen leichter fallen. Wir wollen beim Peer Counseling mehr Selbstbestimmung der Einzelnen erreichen, was auch ein politisches Ziel ist. Selbstbestimmung sollte jedoch nicht nur individualistisch oder freiheitlich gedacht werden, sondern auch in seiner Wirkung auf andere und die Umwelt.

---

<sup>1</sup> Leitlinien für die Arbeit von Peer CounselorInnen ISL, Beschluss der ISL Mitgliederversammlung am 24.10.2010 in Berlin; <https://www.isl-ev.de/index.php/thema-peer-counseling/817-leitlinien-fuer-die-arbeit-von-peer-counselorinnen-isl>

<sup>2</sup> UN BRK, Artikel 29 b

<sup>3</sup> Beschluss der BDK in Hamburg 22. November 2014 „Recht auf politische Teilhabe verwirklichen – Wege öffnen für Alle“; [https://gruene-behindertenpolitik.de/aktuelles/?no\\_cache=1&expand=559165&displayNon=1&cHash=9ce2eafc091e85cc9461eaa994b61d2d](https://gruene-behindertenpolitik.de/aktuelles/?no_cache=1&expand=559165&displayNon=1&cHash=9ce2eafc091e85cc9461eaa994b61d2d)

<sup>4</sup> Link zum YouTube Video „Warum müssen mehr behinderte Menschen in die Politik?“; [https://www.youtube.com/watch?v=WO0g9gYrCl8&feature=youtu.be&fbclid=IwAR3O1gmtZONQR1ruLuLjQ2GqVeD1t9OK7VoKy2aJ37p2QvRkztc7gzlV\\_6k](https://www.youtube.com/watch?v=WO0g9gYrCl8&feature=youtu.be&fbclid=IwAR3O1gmtZONQR1ruLuLjQ2GqVeD1t9OK7VoKy2aJ37p2QvRkztc7gzlV_6k)

**Es folgen 2 Anhänge ab der nächsten Seite**

---

## Anhang 1: Artikel 29 der Schattenübersetzung der UN Behindertenrechtskonvention; Quelle: Netzwerkartikel 3 [www.nw3.de](http://www.nw3.de)

### **Artikel 29 Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben**

Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu genießen, und verpflichten sich,

a) sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können, sei es unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter oder Vertreterinnen, was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und gewählt zu werden; unter anderem

i) stellen sie sicher, dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien geeignet, \*zugänglich\* #barrierefrei# und leicht zu verstehen und zu handhaben sind; ii) schützen sie das Recht von Menschen mit Behinderungen, bei Wahlen und Volksabstimmungen in geheimer Abstimmung ohne Einschüchterung ihre Stimme abzugeben, bei Wahlen zu kandidieren, ein Amt wirksam innezuhaben und alle öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit wahrzunehmen, indem sie gegebenenfalls die Nutzung unterstützender und neuer Technologien \*erleichtern\* #ermöglichen#; iii) garantieren sie die freie Willensäußerung von Menschen mit Behinderungen als Wähler und Wählerinnen und erlauben zu diesem Zweck im Bedarfsfall auf #ihren# Wunsch, dass sie sich bei der Stimmabgabe durch eine Person ihrer Wahl unterstützen lassen;

b) aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten \*mitwirken\* #teilhaben# können, und ihre \*Mitwirkung\* #Teilhabe# an den öffentlichen Angelegenheiten zu begünstigen, unter anderem

i) die \*Mitarbeit\* #Teilhabe# in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen, und an den Tätigkeiten und der Verwaltung politischer Parteien;

ii) die Bildung von Organisationen von Menschen mit Behinderungen, die sie auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene vertreten, und den Beitritt zu solchen Organisationen.

## Anhang 2: Recht auf Politische Teilhabe verwirklichen - Wege öffnen für Alle (Beschluss der Bundesversammlung von B90/DIE GRÜNEN in Hamburg am 22. November 2014); Quelle: BAG Behindertenpolitik B90/DIE GRÜNEN

### **1. Politische Teilhabe – wollen wir für jedeN**

In unserer Demokratie ist politische Teilhabe eine Grundvoraussetzung. Nicht jedeR kann jedoch daran teilnehmen. Rechte sind vielfach eingeschränkt und behindern eine Teilhabe an politischen Debatten, Entscheidungen und Wahlen von der kommunaler bis zur europäischen Ebene: Dies betrifft insbesondere Menschen mit Behinderungen. Steht zum Beispiel jemand in allen Angelegenheiten unter Betreuung, kann er oder sie nicht selbst wählen gehen (aktives Wahlrecht). Er oder sie kann auch nicht in ein Parlament oder in einen Rat gewählt werden (passives Wahlrecht). Neben den rechtlichen Einschränkungen verhindern bauliche Rahmenbedingungen eine volle und gleichberechtigte politische Teilhabe. Wenn zum Beispiel Wahllokale nicht barrierefrei zugänglich sind, können behinderte Menschen ihre Stimme nicht vor Ort abgeben und sind auf die Briefwahl angewiesen. Und wenn Informationen nicht in Leichter Sprache zur Verfügung gestellt werden, können sich Menschen mit Lernschwierigkeiten nicht politisch einbringen und eine Wahlentscheidung treffen. Andere Menschen brauchen Assistenz, um sich ehrenamtlich engagieren zu können. Viele Menschen mit Behinderungen, die von Beginn an in Sonderwelten gelebt haben, sind nie darin

---

bekräftigt und befähigt worden, ihre Interessen in den politischen Diskurs einzubringen. Es fehlt an Empowerment. Dabei widerspricht jede Hürde und Barriere dem Ziel einer inklusiven, vielfältigen Gesellschaft, in der jedeR politisch mitwirken kann.

Es gibt zwar immer wieder positive Beispiele von Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen, die sich die politische Teilhabe bis hin zur Übernahme von Mandaten erkämpft haben. Allerdings sind die Hürden soweit zu kommen, deutlich schwieriger zu nehmen als für Menschen ohne Behinderungen. Es gibt vielfältige Mängel, die einen barrierefreien Zugang erschweren:

- Fehlende Gebärdensprach- und SchriftdolmetscherInnen,
- fehlende aufbereitete Informationen für blinde und sehbehinderte Menschen,
- fehlende leichte Sprache,
- mangelhafte Barrierefreiheit baulicher Art und für Mobilität,
- fehlendes Empowerment,
- fehlende Willkommenskultur und fehlende Anerkennung der (besonderen) Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen,
- finanzielle Einschränkungen,
- fehlende Assistenz, auch für Vor- und Nachbereitung sowie
- in vielen Bereichen fehlende Mitbestimmungsregeln für diese Personengruppen.

Vielfach entstehen Mängel, weil Finanzierungen für Umbauten oder Dolmetschungen nicht ausreichend bzw. überhaupt nicht vorgesehen sind.

Politische Teilhabe ist ein zentrales Gut in unserem demokratischen Staat. Sie ist ein grundlegendes Recht für alle Menschen. Deshalb müssen alle Einschränkungen beim Wahlrecht und bei der Finanzierung aufgehoben und Barrieren beseitigt werden. Politische Teilhabe muss allgemein zugänglich sein.

## **2. Politische Teilhabe in Deutschland – Grüne Forderungen**

Die Teilhabe am politischen Leben ist mit der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) seit 2009 zusätzlich rechtlich in Deutschland verankert. Die Bundes- und alle 16 Landesregierungen sind dazu verpflichtet, das Recht auf Wählen und das Ausüben von politischen Ämtern und Mandaten zu ermöglichen. Dazu gehört für Unterstützungs- und Assistenzleistungen zu sorgen und diese grundsätzlich zu finanzieren.

Wir treten für ein Handeln im Sinne der UN-BRK ein. Es muss ein Umfeld gefördert werden, das Menschen mit Behinderungen ermöglicht, ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen politisch teilzuhaben. Dazu sind nichtstaatliche Organisationen und politische Parteien genauso wie Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bestimmungen nach dem Artikel 29 BRK vollständig umgesetzt werden, damit behinderte Menschen wählen und gewählt werden können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert insbesondere die Bundesregierung, die Länderregierungen sowie die Kommunen dazu auf, wirksame Maßnahmen zur Teilhabe am politischen Leben zu ergreifen:

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass Wahlrechtsausschlüsse aufgrund von Behinderungen in den Bundes-, Europa- und Landeswahlgesetzen gestrichen werden.
- Soweit noch nicht geschehen, sind alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um das aktive und passive Wahlrecht für behinderte Menschen barrierefrei abzusichern, einschließlich der nach dem technischen Stand möglichen Unterstützungseinrichtungen und frei gewählter Wahlassistenz.
- Nichtstaatliche Organisationen und Vereinigungen, politische Parteien und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen und insbesondere

---

Netzwerke von Frauen mit Behinderungen sind aktiv finanziell zu fördern. Sie sind auch für Schulungen zur Teilhabe und Empowerment Schulungen finanziell zu fördern.

- Individuelle Hilfen, wie etwa Übersetzungen in Gebärdensprache, in leichte Sprache oder für Schriftdolmetschung sowie die nötige Assistenz inklusive Vor- und Nachbereitungszeit bei ehrenamtlichen politischen Tätigkeiten sind rechtlich zu ermöglichen und durch finanzielle Unterstützungen abzusichern.
- Wahllokale müssen grundsätzlich barrierefrei zugänglich sein.
- Zu jeder Wahl muss es Schablonen für blinde und sehbeeinträchtigte Menschen geben.
- Für Menschen mit geringem Einkommen muss es finanzielle Unterstützung für die Ausübung von Ehrenämtern geben, beispielsweise die Sicherstellung der Reisekosten.
- Wir wollen eine Sensibilisierung der Gesellschaft erreichen, mit ihren Vereinen, gemeinnützigen Organisationen und Parteien, damit sie sich aktiv für Menschen mit Behinderungen öffnen.
- Mitbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderung, z.B. in Werkstätten und Heimen, müssen gestärkt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, soweit noch nicht geschehen, die Etablierung flächendeckender Beiräte auf allen Ebenen und die Einbeziehung Betroffener und ihrer Selbstvertretungsorganisationen in allen sie betreffenden Belangen.

### **3. Politische Teilhabe bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wir gehen voran!**

Die Grünen warten nicht ab bis die staatlichen Ebenen ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, die wir einfordern. Wir setzen bereits jetzt einiges um, was wir eigentlich von der öffentlichen Hand fordern und wollen unsere eigenen Verpflichtungen noch besser erfüllen.

Umfassende Barrierefreiheit ist eine große Herausforderung. Auf Bundesebene ist bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die barrierefreie Ausgestaltung unserer Bundesdelegiertenkonferenzen schon lange im Blick. Vor Jahren begann es mit der Rampe zum Redepult, heute gehören auch Gebärdensprache- und Schriftdolmetschung regelmäßig dazu, es gibt Fassungen unserer Wahlprogramme in leichter Sprache. Dennoch bleiben viele Herausforderungen, die uns zum Teil auch unsere Grenzen bringen, die wir aber angehen wollen: öffentlicher und parteiinterner Veranstaltungen sollten barrierefrei sein. Landes- und Kreisgeschäftsstellen und lokalen Büros von grünen MandatsträgerInnen sollten grundsätzlich barrierefrei sein und über ein barrierefreies WC verfügen. Schrift- bzw. GebärdensprachdolmetscherInnen sollten bei Bedarf auf Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Es sollte mehr Angebote in leichter Sprache geben. Betroffene sollten in sie betreffende Belange, z.B. über die Beteiligung der LAGs und deren Nutzung als Pool von Fachleuten bei der Gestaltung von Gesetzentwürfen, Anhörungen etc. einbezogen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt und unterstützt grundsätzlich Kandidaturen von behinderten Menschen, insbesondere von Frauen mit Behinderungen für Parteiämter und Mandate auf allen Ebenen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgt von der Bundesebene aus Strategien, welche die deutschen und auch die europäischen Grünen insgesamt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention antreiben soll.

Mit einem Leitfaden zur parteiöffentlichen und parteiinternen Barrierefreiheit wollen wir auf allen Ebenen Bewusstsein schaffen, das Wissen über die Herstellung von Barrierefreiheit verbreitern und zur Umsetzung der Barrierefreiheit ermuntern. Der Leitfaden soll alle 3 Jahre fortgeschrieben werden.